

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/pm/6343/1649209/illegaler-gen-mais-in-mecklenburg-vorpommern-erstes-bundesland-veroeffentlicht-betroffene-flaechen> abgerufen werden.

# Greenpeace e.V.

Illegaler Gen-Mais in Mecklenburg-Vorpommern: Erstes Bundesland veröffentlicht betroffene Flächen

Greenpeace und Bioland fordern Transparenz von allen Bundesländern

16.07.2010 - 07:30 Uhr, Greenpeace e.V.

Hamburg/Mainz (ots) - 16. 7. 2010 - Als bislang einziges Bundesland hat Mecklenburg-Vorpommern freiwillig Greenpeace und Bioland bekannt gegeben, wo dieses Jahr gentechnisch verunreinigtes Maissaatgut ausgesät wurde. Demnach wurde es auf insgesamt 53 Hektar ausgebracht. Das verunreinigte Saatgut der Firma Pioneer Hi-Bred wurde in sieben weiteren Bundesländern ausgesät. Zwar haben diese angeordnet, die Maispflanzen zu vernichten. Sie haben aber nicht die betroffenen Flächen bekannt gegeben. So verweigert beispielsweise Baden-Württemberg, wo rund 90 Landwirte mit insgesamt etwa 640 Hektar von dem Saatgut-Skandal betroffen sind, die Informationen. In den vergangenen Jahren konnten Greenpeace und Bioland die Veröffentlichung betroffener Flächen nur über den Klageweg erreichen.

"Auch die anderen Bundesländer müssen jetzt veröffentlichen, wo der illegale Gen-Mais ausgesät wurde. Nur so können sich benachbarte Landwirte, Saatguthersteller, Imker und Gärtner darüber informieren, ob ihnen Schaden droht", sagt Stephanie Töwe, Gentechnik-Expertin von Greenpeace. "Die Flächen müssen zudem im Standortregister des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit für jeden zugänglich eingetragen werden. Nur so ist Transparenz zu erreichen." Verunreinigtes Saatgut wurde in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen ausgesät.

Saatgutproduzent will für den Schaden nicht aufkommen

Bioland und Greenpeace werfen dem Saatgutproduzenten Pioneer Hi-Bred vor, die betroffenen Landwirte nicht entschädigen zu wollen. "Die Landwirte dürfen nicht auf ihrem Schaden sitzen bleiben. Pioneer muss die Landwirte umgehend und angemessen entschädigen", fordert Thomas Dosch, Präsident von Bioland.

Die Forderung aus Politik und der Saatgutbranche, Schwellenwerte für gentechnische Verunreinigungen im Saatgut einzuführen, lehnen Bioland und Greenpeace entschieden ab. "Ein Recht auf Verschmutzung darf es nicht geben. Die EU-Regelung der Nulltoleranz muss Bestand haben", so Thomas Dosch. Danach darf Saatgut nicht vermarktet werden, wenn es auch nur minimale Spuren von nicht zugelassenen Gentech-Sorten enthält. Bioland und Greenpeace fordern, Saatgut stärker zu überprüfen, damit die Saatgutfirmen ihre Qualitätssicherung verbessern.

Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium stellte erst Mitte April fest, dass das Maissaatgut mit der gentechnisch veränderten Sorte NK603 verunreinigt ist. NK603 ist in der EU nicht zum Anbau zugelassen. Nach einer Vereinbarung der Bundesländer sind aber die Ergebnisse der regelmäßig im Frühjahr durchgeführten Saatgutproben bis zum 31. März zu veröffentlichen. Durch die verzögerte Bekanntgabe wurde das kontaminierte Saatgut aus Niedersachsen nicht rechtzeitig aus dem Handel genommen und statt dessen an Landhändler in sieben weitere Bundesländer geliefert.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an Stephanie Töwe/Greenpeace, Tel. 0171-8780 838, und Gerald Wehde/Bioland, Tel. 06131-2397 920. Die Informationen zum verunreinigten Maissaatgut finden Sie unter

<http://www.bioland.de>, <http://www.greenpeace.de/Maissaatgutverunreinigung2010> u.

<http://gpurl.de/C9pNc> Der Web-Film zu Gentechnik:

<http://www.greenpeace.de/themen/gentechnik/>

Originaltext:

Greenpeace e.V.

Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/pm/6343/greenpeace-e-v>

Pressemappe als RSS:

[http://presseportal.de/rss/pm\\_6343.rss2](http://presseportal.de/rss/pm_6343.rss2)